



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Dix, Arthur: Staatlicher Imperialismus und Individualismus

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

unerwähnt bleibe, daß man im französischen Schulwesen neuerdings sehr offene Augen für von außen her zu entnehmende Anregungen hat und daß manche treffliche Neuerung bereits durchgedrungen ist.)

Mit solchen Vorschlägen ist denn freilich denen schlecht gedient, die ausrufen, man möge doch endlich einmal den höheren Schulen Ruhe lassen. Dauernde Ruhe ist menschlichen Verhältnissen nicht beschieden, und wo sie gleichwohl angetroffen wird, ist immer zugleich Erstarrung zu befürchten. Übrigens ist das Tempo der Veränderungen in unserem gesamten Kulturleben ein immer rascheres geworden. Das schnell sich drehende Schwungrad führt immer neue Probleme mit herauf.



Staatlicher Imperialismus und Individualismus

Von Arthur Dig-Berlin



enn ringsumher so starke Ausbreitungs- und Abrundungstendenzen in der Weltpolitik der großen Mächte herrschen, wie wir sie in dem Aufsatz „Neue Faktoren und Tendenzen in der Weltpolitik“ (Heft 27 S. 1 ff.) beobachtet haben*), — ist es da verwunderlich, daß die hieran gewöhnten Politiker in England, Frankreich und anderswo auch Deutschland gleichartige Pläne zuschreiben? Geradezu typisch ist dafür das folgende Beispiel, das unlängst aus London berichtet wurde:

Sir Harry Johnston, der große Afrikaforscher, der im allgemeinen als Freund Deutschlands gelten kann, veröffentlichte im XIX. Century (Dezember 1910) einen Artikel, in dem er den Deutschen folgende Verständigungspläne zuschreibt: England müsse Deutschlands — und Österreich-Ungarns — vorherrschende Stellung in den Ländern der jetzigen Türkei anerkennen, von der Donau bis zum Euphrat. In Palästina möge man einen neutralen jüdischen Staat schaffen. Ein türkisches Sultanat könne ja der Form nach bestehen bleiben, aber deutscher Einfluß müsse in Konstantinopel absolut vorherrschen. Was sollte England dagegen haben? und Rußland? Russische Ansprüche auf Konstantinopel seien unberechtigt. Es habe Sibirien und könne noch Turkestan und die Mongolei nehmen. Rußland könnte auch eine Enklave auf der asiatischen Seite des Bosporus erhalten, auch Trapezunt und Nordarmenien, und Zugang zum Persischen Golf durch Nordwest-Persien. Gines müsse aber dabei verstanden werden: Holland gehört zur deutschen Einflußsphäre. Holland muß an Deutschland durch ein enges Bündnis gebunden werden. Man habe jetzt schon einen Druck auf Holland ausgeübt; es bestehe schon jetzt ein Offensiv- und Defensivbündnis, und die auswärtige Politik Hollands sei mit der Deutschlands so eng verbunden wie die Deutschlands mit der Österreich-Ungarns. In dieser Hinsicht würde

*) Vgl. auch die Artikel desselben Verfassers in den Heften 23 und 24 dieses Jahrgangs. Grenzboten III 1911

Deutschland keinen Spaß verstehen. — Mit Belgien sei es anders. Seine Neutralität sei eine Lebensfrage für England und Frankreich: das erkenne man in Deutschland an. — Was könnte man Frankreich bieten, um es einem solchen deutsch-englischen Abkommen geneigt zu machen? Meß mit dem französisch sprechenden Lothringen und weiter Versicherungen betr. Belgien und Luxemburg. Und Rußland? Neben den schon genannten Konzessionen in Kleinasien weitere Versicherungen der freien Ausfahrt aus der Ostsee, Stärkung der Stellung Dänemarks dadurch, daß Deutschland den dänisch sprechenden Kreis Hadersleben an Dänemark zurückgibt.

Danach mutet man Deutschland und Österreich-Ungarn im Verein die Absicht zu, die ganzen Balkanländer mitsamt der asiatischen Türkei zu verspeisen und natürlich auch die Niederlande. Dabei wird nicht gesagt, wer eigentlich der Kaiser von Mitteleuropa und Vorderasien sein soll. Vielleicht hüllt man sich über diese Frage in Schweigen in der Nebenabsicht, Mißtrauen zwischen Kaiser Wilhelm und dem des weltpolitischen Weitblickes durchaus nicht ermangelnden österreichischen Thronfolger zu säen. Nun, gleichviel unter welcher Spitze man sich das Imperium denkt — es soll jedenfalls von der Rheinmündung bis zur Euphratmündung reichen!

Eigentlich kann die Enthüllung eines solchen Planes gar nicht mehr überraschen; denn bruchstückweise ist er — und zwar sehr bemerkenswerterweise immer gleichzeitig in der englischen und französischen Presse — schon seit Monaten „enthüllt“ worden. Ein solches Bruchstück war die angebliche Militärkonvention zwischen Rumänien und der Türkei und ihre Erweiterung zu einer Militärkonvention dieser beiden Länder mit den beiden mitteleuropäischen Kaiserreichen. Jetzt ist die angebliche Militärkonvention zwischen Deutschland und den Niederlanden gefolgt; und nun war es nur konsequent, gleich den ganzen Gesamtplan des „mitteleuropäischen Imperiums“ zu enthüllen.

In einem Lande, das, wie England, in territorialen Zusammenfassungs-ideen — vom Kap bis Kairo, vom Nil bis zum Jangtse — schwelgt oder das, wie Frankreich, ganz Nordafrika zu einem einheitlichen Kolonialreich zusammenschweißen möchte, ist es wohl erklärlich, wenn man sich auch das Streben der mitteleuropäischen Kaiserreiche nicht anders vorstellen kann als durch die Idee eines Imperiums von der Rhein- bis zur Donau-, von der Elbe- bis zur Euphratmündung. Niemand denkt aber in Mitteleuropa selbst an die Schaffung eines solchen Imperiums; und wer anderwärts davon spricht, setzt sich lediglich dem Verdacht aus, daß er die einzelnen, politisch durchaus selbständigen Teile dieses großen und tatsächlich in einer gewissen Interessengemeinschaft stehenden Territoriums gegeneinander hegen will. Man wird sich aber im Auslande schließlich daran gewöhnen müssen, die mitteleuropäische Politik mit andern Maßen zu messen als die eigene imperialistische Politik.

Die englische Presse hat in neuester Zeit recht ergiebig namentlich das Thema von der Bedrohung der Niederlande durch Deutschland behandelt. Ver-

gebens hat man ihr das Wort Bismarcks entgegengehalten, Deutschland könne und werde die Niederlande nicht einverleiben, selbst wenn die Holländer auf Anien darum hätten; vergebens wird auch an das gesunde Denken der Engländer appelliert, das ihnen sagen müßte, daß ein neutrales, freilich wirklich neutrales und zur Wahrung seiner Neutralität befähigtes Holland im Kriegsfall für Deutschland von ungleich höherem Werte ist, als es etwa ein einverleibtes Holland sein könnte. Ein einverleibtes Holland würde die gefährdeten Seegrenzen (übrigens auch die gefährdete Landgrenze) Deutschlands beträchtlich verlängern; ein neutrales Holland dagegen hält von einem Teile der deutschen Landgrenze die Kriegsgefahr ab und verschafft Deutschland den ganz gewaltigen Vorteil, daß eine Blockierung seiner eigenen Häfen ihm doch die Ein- und Ausfuhr zur See nicht abzuschneiden vermöchte.

Gerade dieser bedeutende Vorteil, den das Vorhandensein der neutralen Niederlande Deutschland im Falle des Seekrieges gewähren würde, veranlaßt jene Kreise, die nach dem bekannten Rezept: „Haltet den Dieb!“ immer über die Bedrohung der Niederlande durch Deutschland sprechen, zu der Erwägung, daß England seinerseits im Kriege gegen Deutschland die Neutralität der Niederlande nicht achten dürfe, sondern auch ihre Häfen blockieren müsse. Wenn also den Niederlanden im Falle der Verwicklung Deutschlands in einen Seekrieg Gefahr droht, so ist es doch wohl klar, wer das positive Interesse an der Erhaltung der Neutralität Hollands hat und wessen Interesse auf die Nichtachtung dieser Neutralität gerichtet ist!

Überdies ist der Fall eines europäischen Seekrieges durchaus nicht der einzige, der die Niederlande in große politische Verlegenheit bringen kann. Der andere Fall freilich wird von der englischen Presse aus sehr erklärlichen Gründen nicht besprochen: nämlich aus Rücksicht auf den Verbündeten im fernen Osten. Dieser Verbündete Englands im fernen Osten hat als sein politisches Endziel oft genug das Streben nach der Vorherrschaft im Stillen Ozean zu erkennen gegeben — man nehme nur den neuesten Jahrgang des ähnlich unserem „Nautikus“ vom englischen Flottenverein herausgegebenen Jahrbuches vor, in dem ein Japaner von hohem Ruf in nicht mißzuverstehender Weise sich über diese japanischen Ansprüche geäußert hat, die restlos nicht erfüllt werden können ohne den Besitz der das Südchinesische Meer einrahmenden Inseln, zu denen eben auch ein wesentlicher Teil des holländischen Kolonialbesitzes gehört. Von Formosa führt der Expansionsdrang der unternehmungslustigen Japaner über die Philippinen nach Niederländisch-Indien.

Sehr unverblümt hat sich ein Japaner hierüber auch vor kurzem in einem führenden russischen Organ ausgesprochen. Nach dem Hinweis darauf, daß die japanischen Handelsumsätze mit Niederländisch-Indien von 125 000 Fr. im Jahre 1899 auf über 5 Millionen im Jahre 1908 in der Ausfuhr und von 4 Millionen gar auf 60 Millionen in der Einfuhr gestiegen sind, läßt sich die in der Nowoje Wremja wiedergegebene japanische Stimme also vernehmen:

„Wie kommen die Japaner dazu, den Holländern jährlich 40 Millionen allein für Zucker zu bezahlen, da sie doch einfach jene Kolonie expropriieren könnten mitsamt dem Zucker und allem übrigen? Der Japaner hält es für widernatürlich, daß ein nichtiger europäischer Staat in Asien ein Reich von 38 Millionen Einwohnern besitzen solle, in das er während dreier Jahrhunderte nur 70000 Einwanderer habe liefern können, während Japan innerhalb eines Jahrzehnts allein nach Formosa 110000 Menschen entsandte. Daraus ergebe sich zur Genüge, daß den Japanern ein größeres Anrecht auf Kolonien in Asien zustehe als europäischen Miniaturstaaten.“

Die Streitkräfte der Niederländer würden nicht entfernt genügen, um ihren indischen Inselbesitz gegen japanische Annexionsgelüste zu schützen. Übrigens genügen auch ihre materiellen und ihre Menschenkräfte nicht dazu, diesen Besitz voll auszunutzen — wirtschaften doch in Niederländisch-Indien zum sehr großen Teile deutsche Unternehmer, deutsche Angestellte, deutsche Kapitalien. Aber sie sind weit entfernt davon, irgendwie die politische Sicherheit zu gefährden.

Daß in jenen fernen Meeren deutsche und niederländische Interessen nicht gegensätzlich, sondern verwandt sind, ist unter anderm zum Ausdruck gekommen in der Schaffung eines gemeinsamen deutsch-niederländischen Kabels für Niederländisch-Indien und die deutschen Südseeinseln. Daß auch daheim in Europa keine Gegensätzlichkeit, sondern eine Verwandtschaft der deutsch-niederländischen Interessen besteht, liegt angeichts der geographischen Lage auf der Hand, die den holländischen Handel leben läßt von dem deutschen Hinterland.

Je natürlicher aber diese Interessenverwandtschaft ist, um so mehr sorgt man sich auf anderer Seite darum, künstlich Gegensätze zu schaffen und Mißtrauen zu säen. Die zu diesem Zwecke beliebte, aber bei dem eigenen britischen Gedankenkreis am Ende ganz verständliche imperialistische Ausbeutung der großen mitteleuropäischen Interessengemeinschaft ist, wie gesagt, geeignet, an allen Ecken und Enden Mißtrauen zu schaffen. Deutschland wird demgegenüber beflissen sein müssen, die ausländischen Imperialisten zu belehren, daß wir in Mitteleuropa, daß speziell die Deutschen Individualisten sind und daß unser staatlicher Individualismus im Gegensatz zu dem Imperialismus steht.

Den Politikern, die in ihrer täglichen Beschäftigung stets mit dem Bundesstaat bezw. dem Staatenbund zu rechnen haben, ist es etwas ganz Natürliches, auch die große mitteleuropäische Interessengemeinschaft, die Interessenverknüpfung der großen Ländergruppen zwischen der Rhein- und Elbemündung einerseits, der Donau- und Euphratmündung anderseits nicht zu betrachten von imperialistischen Zwangsvorstellungen aus, sondern individualistisch als eine Kette mit ihren Interessen aneinandergesügter, aber nicht durch staatlich-imperialistischen Zwang zusammengeschmiedeter Glieder.

Für den Umfang der wirtschaftlichen Interessenverknüpfung zwischen diesen Ländern sprechen am deutlichsten die vergleichenden Zahlen der Handelsstatistik.

Diejenigen Gebiete, mit denen Deutschland in regsten Handelsbeziehungen steht, sind bekanntermaßen: Größer-Britannien, Rußland, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Südosteuropa und Süd- und Mittelamerika. Nach diesen Gebieten entfaltete sich der deutsche Handel in den Jahren 1908 und 1909 laut Ausweis des Statistischen Jahrbuches für 1910 folgendermaßen:

	Einfuhr in Mill. M.		Ausfuhr in Mill. M.	
	1909	1908	1909	1908
Größer-Britannien	1571	1399	1243	1245
Rußland	1386	964	507	521
Ver. Staaten von Nordamerika .	1262	1283	605	508
Südosteuropa	917	912	950	938
Süd- und Mittelamerika	969	916	442	405

Daran schließen sich an:

Nordwesteuropa	543	493	803	777
Frankreich und Kolonien	517	448	459	440

In diesen Zusammenfassungen ist im allgemeinen ersichtlich, welche Gruppierung der Länder vorgenommen ist. Größer-Britannien umfaßt das Mutterland mit sämtlichen Kolonien. Bei Rußland ist Finnland miteinbezogen. Bezüglich Südosteuropas ist zu bemerken, daß außer Österreich-Ungarn und sämtlichen Ländern der Balkanhalbinsel auch die asiatische Türkei mit in Rechnung gestellt ist. Unter Nordwesteuropa sind die Niederlande und Belgien verstanden.

Faßt man nun den obenerwähnten zentraleuropäischen Gürtel von Nordwest bis Südost zusammen, so zeigt sich, daß dieser Landkomplex in der Tat denjenigen des größten deutschen Gesamthandels bildet; und es ergeben sich für diejenigen Länder bzw. Ländergruppen, mit denen wir in einem jährlichen Warenaustausch von mehr als je einer Milliarde stehen, folgende Gesamtziffern:

	1909	1908
Südosteuropa	1867 Millionen	1850 Millionen
Nordwesteuropa	1346	1270
zusammen zentraleuropäischer Gürtel	3213 Millionen	3120 Millionen
Größer-Britannien	2814	2644
Rußland	1893	1485
Vereinigte Staaten	1867	1791
Süd- und Mittelamerika	1411	1312

Diese Länder insgesamt stehen demnach im deutschen Spezialhandel des Jahres 1909 mit rund 11,2 Milliarden unter den 15,1 Milliarden der ganzen Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Spezialhandel. Von den verbleibenden knapp 4 Milliarden entfielen auf den Gesamthandel mit Frankreich 976 Millionen, mit den drei nordischen Reichen 771 Millionen, mit Italien 577, mit der Schweiz 575, mit den niederländischen und belgischen Kolonien 241 Millionen. Alle andern Länder kommen nur mit verhältnismäßig geringfügigen Beträgen in Frage.

Zählen wir die Schweiz und den holländisch-belgischen Kolonialbesitz noch zu den für den zentraleuropäischen Gürtel ermittelten Zahlen hinzu, so kommen wir auf über 4 Milliarden deutschen Handels mit denjenigen Ländern, die man zu einer zentraleuropäischen Interessengemeinschaft zusammenzufassen geneigt ist.

Diese Zahlen sprechen in der Tat für sich selbst.

Die natürliche Interessenverknüpfung ist auf sichtbarer geographischer Grundlage vorhanden. Die Gerüchte von Militärkonventionen schießen schon über die Tatsachen hinaus und die Pläne des mitteleuropäischen Imperiums gehören vollends in das Reich der Phantasie — jener Phantasie, die sich eben gar nicht mehr andere als imperialistische Bilder auszumalen vermag.

Wenn deutschfeindliche Blätter des Auslandes immer und immer wieder versuchen, Deutschland als die Neutralität Hollands und dessen Kolonialbesitz bedrohende Macht hinzustellen, so ist es zur Gegenwehr notwendig, nicht nur das Interesse zu betonen, das gerade Deutschland an der Neutralität der Niederlande im Kriegsfalle hat, sondern auch darauf hinzuweisen, daß, wenn dieser Neutralität und wenn dem holländischen Kolonialbesitz von irgendwelcher Seite Gefahr droht, die Mächte, von denen sie drohen könnte, ganz andere sind als das Deutsche Reich!

Zu Unrecht pflegen die ausländischen Politiker die eigenen, ihnen in Fleisch und Blut übergegangenen imperialistischen Ideen auf die mitteleuropäische Politik zu übertragen. Wohl ist, wie oben ausgeführt, die Welt um uns her in hohem Grade imperialistisch und beseelt von dem Streben nach großen territorialen Abrundungen; und es kann nicht wundernehmen, wenn die Politiker all der Länder, in denen imperialistisches Trachten, das Trachten nach großen territorialen Zusammenfassungen, so lebendig ist, sich auch die mitteleuropäische Politik nicht anders vorzustellen vermögen als unter imperialistischen Gesichtspunkten. Was aber ist an diesen Ideen Tatsächliches? Offensichtlich das Vorhandensein einer ausgebreiteten wirtschaftlichen und in gewissem Umfange auch militärischen Interessenverbindung, die ganz naturgemäß das Mündungsland des Rheines mit dem Hinterland dieses Stromes und ebenso das Mündungsland der Donau mit dem Hinterland dieses Stromes verknüpft. Dieser Interessenverknüpfung entsprechen als ebenfalls ganz natürlich freundschaftliche Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland sowie Österreich-Ungarn und Rumänien. Das Wirtschaftsgebiet der Türkei, und zwar sowohl der europäischen wie der asiatischen, schließt sich zwanglos an als ein Gebiet, in dem deutsche Pionierarbeit ansehnliche Kulturwerke geschaffen hat und eifrig zu schaffen fortfährt. Und je weiter diese Kulturarbeit sich entwickelt, insbesondere auch in Mesopotamien, um so vollständiger werden die gegenseitigen wirtschaftlichen wie auch militärisch-politischen Ergänzungsmöglichkeiten innerhalb des ganzen Landkomplexes zwischen der Rheinmündung und der Euphratmündung.

Aber ein großer Unterschied ist doch zwischen der wechselseitigen wirtschaftlichen Ergänzung der einzelnen Länderteile dieses Gesamtgebietes, zwischen der

auf Basis dieser wirtschaftlichen Interessenverwandtschaften sehr natürlichen Freundschaft und der Schaffung eines mitteleuropäisch-vorderasiatischen Imperiums. Derartige Weltmachtpläne sind ohne jede Frage den leitenden Kreisen von Berlin sowohl als von Wien absolut fremd; und wer sie ihnen unterschiebt, kann damit, bewußt oder unbewußt, nur das eine Ziel verfolgen, durch Weckung von Mißtrauen daran zu arbeiten, daß die natürlichen, überwiegend wirtschaftlichen Interessenverbindungen möglichst wenig politische Geltung erhalten; daß im Gegenteil, was durch eine Fülle natürlicher Beziehungen auf Freundschaft miteinander angewiesen wäre, in gespanntes Mißtrauen und dadurch schließlich in Feindschaft gerät.

Mit Bezug auf die südöstlichen Teile jenes großen Territoriums, das Sir Harry Johnston als mitteleuropäisches Zukunftsimperium ausmalt, haben die weltpolitischen Ereignisse der jüngsten Zeit wieder mit besonders krasser Deutlichkeit daran erinnert, in welchem Umfange die weltpolitischen Geschäfte gestützt werden auf die Tätigkeit des Bankiers als Kreditgeber.

Deutschland hat sich hier und da veranlaßt gesehen, wenigstens den Versuch zu unternehmen, am internationalen Wettkampfe der Kreditgeber Anteil zu haben. Nicht ohne Erfolg hat es eingegriffen, wo andere Kreditgeber durch harte Bedingungen hohe politische und zugleich wirtschaftliche Gewinne einzustreichen suchten — mit auf Kosten Deutschlands, dessen wirtschaftlicher Wettbewerb an den betreffenden Stellen möglichst lahmgelegt werden sollte. Nun weiß man aber, daß es Deutschland außerordentlich schwerfällt, auf dem Gebiete des Kreditgebens auch nur in vereinzelt Fällen Schritt zu halten mit Frankreich und England, die in so hervorragendem Maße als Bankiers politische Geschäfte zu machen wissen. Es könnte das leicht zu falschen Rückschlüssen führen, zumal ja auch das Deutsche Reich selbst als Kreditfucher verhältnismäßig recht ungünstig dasteht, wie im Kurse seiner Renten zum Ausdruck kommt.

Man soll aber im Auslande doch nicht etwa meinen, daß Deutschland nicht über die Mittel verfüge, eine große Spartätigkeit zu entfalten und Jahr für Jahr Milliarden flüssig zu machen: nicht Mittel fehlen ihm, sondern es fehlt ihm die Zeit! Deutschland ist in jeder Beziehung ein außerordentlich produktives Land — es hat alle Hände voll zu tun mit — Kindererziehen und Schaffung neuer Beschäftigungsgelegenheit für seinen starken Zuwachs. Für diese Zwecke braucht es in weitaus erster Linie seine Ersparnisse, die kaum geringer sind als die Ersparnisse irgendeines andern Landes.

Wenn nahezu eine Million Köpfe jährlich neu heranwachsen, so wollen sie doch womöglich eine Milliarde jährlich neu verdienen. Um hierzu die Möglichkeit zu schaffen, müssen aber vielleicht 10 Milliarden jährlich neu investiert werden. Und so werden denn in weitestem Umfange die Ersparnisse für neue Investitionen im Lande selbst verbraucht, ohne daß die Mittel für reichliches Kreditgeben, gar an das Ausland, übrig bleiben. In welchem Umfange in Deutschland zu normalen Zeiten Jahr für Jahr Ersparnisse gesammelt, aber ganz überwiegend

alsbald wieder in die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit hineingesteckt werden, dafür sprechen deutlich einige Zahlen der Statistik.

In unsern Sparkassen ist die ansehnliche Summe von 14 Milliarden zusammengefloßen; eine noch größere Summe aber, nach dem Nominalkapital über 15 Milliarden, steckt in den deutschen Aktiengesellschaften, womit wir jedes europäische Land außer Großbritannien weit übertreffen. Die Sparkassenguthaben vermehren sich im Jahre um rund eine halbe Milliarde; um mehr als eine halbe Milliarde aber vermehren sich die in den Aktiengesellschaften arbeitenden Kapitalien, teils durch den Überschuß der Kapitalerhöhungen bei alten Aktiengesellschaften über Kapitalverminderungen, teils durch den Überschuß des Kapitals neugegründeter Aktiengesellschaften über das der gleichzeitig aufgelösten. An inländischen Wertpapieren aller Art werden im Jahre etwa $3\frac{1}{2}$ Milliarden zum Börsenhandel neu zugelassen. Auch was in diesen Gesamtsummen an öffentlichen Anleihen aller Art steckt, stellt doch im wesentlichen Gelder dar, die in irgendeiner Weise zur Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit verwandt werden. Die jährlichen Neuinvestierungen in privaten Unternehmungen jeglicher Art in Landwirtschaft und Industrie, Handel und Gewerbe entziehen sich vollständig jeder statistischen Erfassung; aus dem Vergleich mit den gesellschaftlichen Unternehmungen aber muß man schließen, daß sie tatsächlich nach Milliarden zählen, wie es der beständigen Expansion unserer Wirtschaft, der beständigen Zunahme unserer Gesamtproduktion entspricht.

Wenn wir also in dieser beständigen Ausbreitung unserer eigenen Wirtschaft nur wenig Zeit übrig behalten, auch noch für andere große verleihbare Kapitalien zu sammeln, so darf doch der Umstand, daß wir in der internationalen Bankerpolitik hinter andern Mächten zurückstehen, das Ausland nicht zu falschen Schlüssen mit Bezug auf die deutsche Leistungsfähigkeit veranlassen.

Deutschland produziert Jahr für Jahr in kaum überbotenen Maße Menschenkräfte und Kapitalkräfte. Hierin liegt seine Stärke, hierauf beruht die Stellung, die es sich in der Welt errungen hat. Um aber diese Stellung dauernd zu behaupten, muß es vor jedem Stillstand in der Entfaltung seiner Produktivkraft bewahrt werden und ebenso vor jeder äußeren Hemmung, die der Betätigung seiner beständig neu zuwachsenden Kräfte droht. Zu diesem Ende bedarf es einerseits der Fürsorge für das Anwachsen der ländlichen Bevölkerung an Stelle ihrer Verminderung durch Wanderungsverluste, anderseits einer von gewiegten Diplomaten geführten Weltpolitik, die der offenen Tür zum Siege verhilft über die Interessensphärenleitung und — unter Beibehaltung des staatlichen Individualismus im Gegensatz zu einem uns fälschlich zugeschriebenen Imperialismus — die in Mitteleuropa auf wirtschaftliches und politisches Zusammenwirken angewiesenen Kräfte zu weltpolitischer Freundschaft und wirtschaftspolitischer Interessengemeinschaft verknüpft!

